

Niederschrift
**über die 39. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses (gemeinsam mit dem
Stadtbau- und Umweltausschuss)**

Sitzung am :	Montag, den 22.04.2024
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 21:25 Uhr

Anwesenheit:

Name **Bemerkung**

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Ingo Eckardt	ab TOP 1.2. bis TOP 3.1.
Herr Thomas Hoyer	
Herr Rico Kusche	bis TOP 2.
Herr Frank Schaufel	bis TOP 3.1.
Herr Bernd Stubenrauch	
Herr Stephan Uhlig	

Beratendes Mitglied

Frau Ursula Burger	
Herr Thomas Huscher	
Herr Thomas Zundel	bis TOP 2.

Stellvertretendes Mitglied

Frau Petra Rank	Vertretung für Frau Uta Seidel
Herr Jörg Schmidt	Vertretung für Frau Monika Mühle

Abwesende:

Name **Bemerkung**

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Alexandra Glied	entschuldigt dienstl.
Frau Monika Mühle	entschuldigt
Frau Uta Seidel	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Torsten Roscher	nicht entschuldigt
Herr Wolfgang Schoberth	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Körner	Beauftragter für Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung
Herr Schinnerling	SB Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung
Herr Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Petzoldt, Niederlassungsleiter Niederlassung Plauen, Landesamt für Straßenbau und Verkehr	TOP 2.
Herr Finsterbusch, Landesamt für Straßenbau und Verkehr	TOP 2.
Herr Raabe, Landesamt für Straßenbau und Verkehr	TOP 2.
Herr Tegtmeier, Landesamt für Straßenbau und Verkehr	TOP 3.1.
Herr Hoffmann, Geschäftsführer IIC Institut für Immobilien-Consulting	TOP 4.1.
Herr Dr. Meier, Projektleiter GMA - Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH	TOP 4.2.
Herr Treiber, Geschäftsführer Plauener Straßenbahn GmbH	

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 18.03.2024
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information zur Bekanntmachung der Einziehungsabsicht eines Teilabschnitts der K 7807 im Bereich des Knotenpunktes B 92/K 7807
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Erweiterung Lebensmitteldiscounter an der Leibnizstraße (Südvorstadt)
Drucksachennummer: 1047/2024
4. **Vorberatung**
 - 4.1. Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts 2024
Drucksachennummer: 1041/2024
 - 4.2. Aktualisierter Antrag der CDU-Fraktion - City-Ticket Plauener Straßenbahn GmbH -, Reg.-Nr. 397/24 (die vorher eingereichten Anträge der CDU-Fraktion 356/24; 380/24; 386/24 sind damit hinfällig) - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 39. öffentliche Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird von Bürgermeisterin Kerstin Wolf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Es sind aktuell 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Bürgermeisterin Kerstin Wolf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Wirtschaftsförderungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Stephan Uhlig, CDU-Fraktion, und Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, verweist darauf, dass die Tagesordnung um den Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr.: 399-24**, der den Fraktionen vor der Sitzung ausgereicht wurde, ergänzt werde.

So werde unter TOP 4.2. zunächst der Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg.-Nr. 399-24** behandelt, da dies der weiterführende Antrag zum Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 397-24** sei.

Bürgermeisterin Wolf bringt die Ergänzung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 18.03.2024

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erklärt, dass die Anfragen von Stadtrat Rico Kusche, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion aus der 38. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses, bezüglich der Hochrechnungen zu den bisher verkauften Eintrittskarten seit Eröffnung der Fabrik der Fäden sowie dem aktuellen Planungsstand einer Eislaufbahn während der Weihnachtszeit, noch offen sind und nachgereicht werden.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert zur frühzeitigen Beteiligung durch den regionalen Planungsverband zum Thema Windkraft. Die Stadt hat hierzu eine Stellungnahme abgegeben.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, erläutert das Verfahren zum Raumordnungsplan Wind sowie die Stellungnahme der Verwaltung. Der Planungsverband soll 2 % seiner Regionsfläche für Windkraft ausweisen. Er betont, dass es der Stadt gelingen müsse, bis zum 31.12.2027 eine Planung auf den Weg zu bringen, da ansonsten das strengere Bundesgesetz, mit u. a. geringeren Abstandsflächen zu Wohnbebauungen, gelten wird.

2. Information zur Bekanntmachung der Einziehungsabsicht eines Teilabschnitts der K 7807 im Bereich des Knotenpunktes B 92/K 7807

Frau Bürgermeisterin Wolf begrüßt die Gäste des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASuV) aus Dresden, Herrn Finsterbusch, Herrn Petzold, Herrn Tegtmeyer und Herrn Raabe sowie den Geschäftsbereichsleiter des Landratsamtes Vogtlandkreis, Herrn Beck und die Einwohner von Ober- und Unterlosa. Sie geht nochmals kurz auf den Anordnungsbescheid des LASuV zur Bekanntmachung der Einziehungsabsicht der Kreisstraße ein.

Herr Petzoldt, Niederlassungsleiter der Niederlassung Plauen des LASuV, erläutert zunächst Rang, Zuständigkeiten und Aufgaben des LASuV näher. Er legt Wert darauf, dass Aufbau und Struktur des Landesamtes jegliche subjektiven Entscheidungen einzelner Mitarbeiter verhindern.

Herr Petzoldt stellt anhand einer Präsentation nochmals die enorme Dichte an Knotenpunktsfolgen dar, worunter Leistungsfähigkeit und Sicherheit eingeschränkt werden. Die Wahl dieses Knotenpunktes hat insbesondere etwas mit Fahrpsychologie zu tun, darunter fällt z. B. das Fahrverhalten nach dem Abfahren von einer Autobahn sowie z. B. auch das Vermeiden von Schleichverkehren. Außerdem sei dem LASuV durch die Anordnung des Gewerbegebietes die Ansiedlung eines Überholstreifens im Bereich Autobahn bis zum ersten Knotenpunkt genommen.

Er erläutert, dass der ehemalige Oberbürgermeister Oberdorfer 2017 klargestellt habe, dass die Erschließung dieses Gewerbegebietes für die städtische Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung sei. In einem Gespräch am 18.09.2017 zwischen Herrn Oberdorfer und Herrn Minister Dulig wurde die Genehmigung des Anschlusses des Gewerbegebietes in Aussicht gestellt, wenn dafür im Streckenabschnitt A 72 Ortseingang Plauen eine Anbindung wegfiel, die Entscheidung fiel auf diesen Knotenpunkt. Es wurde dokumentiert, dass die Stadt im Rahmen einer Bürgerversammlung auf evtl. Einwände zur Beseitigung des Knotenpunktes als notwendige Maßnahme im Rahmen der Fortführung des Bebauungsplanes eingehen werde. In der Folge wurde 2018 eine dreiseitige Vereinbarung zwischen der Stadt Plauen, dem Vogtlandkreis und dem Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit geschlossen. Diese Vereinbarung sei wirksam. Das LASuV werde nach dieser Vereinbarung handeln.

Sowohl von Seiten der Stadt als auch des Landkreises wurden drei Varianten untersucht, wie mit diesem Defizit umgegangen werden könnte. Die Variante einer Unterführung wurde dabei von der Stadt favorisiert. Das LASuV sprach sich dafür aus, die K7807 als vierten Ast auf den nächsten Knotenpunkt zu legen, da es sich aus Sicht des LaSuV um die wirtschaftlichere Variante handelt und alle Funktionen weiterhin erhalten blieben.

Die durch die Stadt favorisierte Variante einer Unterführung erfülle eben nicht alle Funktionen, die aktuell gegeben sind, zudem sind die baulichen Auswirkungen auf Landwirtschaft, Oberflächen- und Grundwasser, die diese Maßnahme nach sich zieht, aus seiner Sicht erheblich.

In der Folge habe das Landesamt die Stadt mehrfach aufgefordert, die entsprechende Veröffentlichung vorzunehmen.

Für das LASuV überraschend sei schließlich 2023 die Mitteilung der Stadt gewesen, zunächst einmal prüfen zu wollen, ob der Oberbürgermeister ohne Beschluss des Stadtrates die Unterzeichnung der Vereinbarung überhaupt habe vornehmen dürfen.

Im Oktober 2023 fand nochmals ein Austausch statt, diesmal mit dem aktuellen Oberbürgermeister, Herrn Zenner, sowie Herrn Minister Dulig. Im Antwortschreiben vom 9.11.2023 sei festgehalten worden, dass Einigkeit darüber bestünde, dass das Verfahren nicht losgelöst vom Bebauungsplanverfahren Industrie- und Gewerbegebiet Plauen-Oberlosa Teil 1 betrachtet werden könne. Eine positive Stellungnahme könne nur erfolgen, wenn zuvor die von allen Seiten vereinbarte Einziehung des betroffenen Teilstückes der Kreisstraße verbindlich durch die Stadt Plauen angestoßen wird.

Herr Petzoldt fasst zusammen, dass der Landkreis und der Freistaat Sachsen ihre Anteile aus der Vereinbarung erfüllt hätten.

Herr Fraktionsvorsitzender Schmidt, CDU-Fraktion, führt aus, dass es sich um ein sehr emotionales Thema handelt und die Bürger von Ober- und Unterlosa sehr bewegt. Es geht hier zum einen um eine sehr alte Verbindung zweier Ortsteile, aber zum anderen auch um wirtschaftliche Aspekte, da dort Landwirte ansässig sind, die angrenzende Landwirtschaftsflächen bewirtschaften.

Er bittet Herrn Petzoldt darum, noch einmal etwas genauer darauf einzugehen, weshalb das LASuV den Vorschlag einer Unterführung für nicht geeignet hält.

Dieser verweist auf seine eben bereits getätigten Aussagen hinsichtlich der Ausmaße und Konsequenzen einer solchen baulichen Maßnahme.

Darüber hinaus würde Herrn Stadtrat Schmidt interessieren, ob Zahlen zur Frequentierung dieses Knotenpunktes vorliegen und ob die Variante einer Bedarfsampel geprüft wurde.

Herr Petzoldt entgegnet, dass diese Anfrage verkehrsrechtlicher Natur und an die Verkehrsbehörden zu richten sei.

Abschließend möchte Herr Stadtrat Schmidt noch wissen, wie die Anbindung als so genannter vierter Ast technisch umgesetzt werden würde und was hierfür kalkuliert werden müsste.

Herr Petzoldt führt aus, dass auch die Forderung nach einer Offenlassung des Knotenpunktes bis zum Ausbau der B 92 unrealistisch sei.

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE (Stadtbau- und Umweltausschuss), versucht, die Problematik aus der Sicht eines Bürgers zu sehen. Unterlosa sei ein Ortsteil, der nur über zwei Ortszugänge verfügt. Ist die Versorgungssicherheit der Bürger ein Kriterium, welches für das LASuV eine Rolle spielt?

Herr Finsterbusch vom LASuV erklärt, dass es bereits in 2019 einen entsprechenden Antrag auf Vollziehung gab und in der Folge einen ständigen Austausch mit der Stadt Plauen. Es sei mitnichten so, dass das LASuV „plötzlich“ die Abbindung fordere.

Herr Stadtrat Eckardt, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob die polizeiliche Unfallstatistik bei den Erwägungen des LASuV eine Rolle gespielt hat. Ferner geht er auf die Vermutung des Landesamtes ein, dass ein Ausbau der Bundesstraße nicht vor 2030 erfolgen würde und sich die Abbindung bis dahin amortisiert habe. Dies hätte Herr Eckardt gern näher erläutert.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, akzeptiert zwar die Gesetzeslage, fragt die anwesenden Mitarbeiter des LASuV jedoch ganz konkret, ob sie eine Möglichkeit sehen, von ihrer Forderung im Sinne des Bürgerwillens abzurücken?

Herr Petzoldt führt aus, dass man diese Problematik heute gar nicht hätte, wenn das Gewerbegebiet, entsprechend des ursprünglichen Planes auf die K 7807 angebunden worden wäre. Es sei die Stadt Plauen, die Dinge einfach ändere und das LASuV müsse heute hier Rechenschaft ablegen, weshalb es nun so handeln müsse. Es läge eine gültige Vereinbarung mit der Stadt vor und ferner kein Antrag der Stadt, diese Vereinbarung aufzukündigen.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, die Präsidentin des Landesamtes war gemäß Besprechung am 09.10.2019, nachlesbar im Feststellungsprotokoll, der Ansicht, dass die Abbindung der Kreisstraße K 7807 von der B92 nicht in Zusammenhang zu sehen ist mit dem Bebauungsplan Nr. 031. In einer Machbarkeitsstudie sollten mögliche Varianten untersucht werden.

Herr Petzoldt entgegnet, dass es sich um die zuvor amtierende Präsidentin gehandelt habe, zum anderen gäbe es schließlich eine Rangordnung unter den Behörden, die einzuhalten sei.

Die Vertreter des LASuV seien heute nicht hierhergekommen und im Übrigen auch nicht berechtigt, über die Vereinbarung zu verhandeln. Die Stadt habe sich klar für den Ausbau entschieden und damit in Kauf genommen, dass es zu Veränderungen bei der Anbindung des Industrie- und Gewerbegebietes kommen könne.

Frau Bürgermeisterin Wolf erlaubt sich den persönlichen Hinweis, dass es nicht zielführend sei, den Faktor Gewerbe gegen den Faktor Bevölkerung auszuspielen. Sie spricht sich nochmals für eine Lösungsfindung im gemeinsamen Gespräch mit den betroffenen Bürgern und dem LaSuV aus.

Frau Stadträtin Rank, Fraktion DIE LINKE., kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Haltung einer Art Erpressung gleichkommt. Sie möchte wissen, ob eine Vielzahl von Einwendungen Betroffener evtl. noch zu einer Abkehr von den Plänen des LASuV führen würde.

Herr Petzoldt weist den Vorwurf der Erpressung zurück und verweist erneut auf die gemeinschaftlich getroffene Vereinbarung.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion (Stadtbau- und Umweltausschuss), betont, dass er eine solche fraktionsübergreifende Einigkeit im Stadtrat gegen diese Abbindung in seinen 25 Dienstjahren noch nicht erlebt habe. Er bittet die Vertreter des LASuV daher, die eine Erkenntnis aus der heutigen Beratung mitzunehmen, nämlich, dass das LASuV absolut gegen den geschlossenen, einheitlichen Willen der Bevölkerung agiere, dessen solle sich das Landesamt bitte unbedingt bewusst sein.

Für Herrn Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion (Stadtbau- und Umweltausschuss), kristallisieren sich die Ausführungen des LASuV lediglich auf das Argument der Überholspur, wobei das Landesamt in seinen Prognosen von keiner signifikanten Verkehrszunahme gesprochen habe. Da sich die Ausführungen von Herrn Petzoldt auf Regelungen außerhalb geschlossener Ortschaften beziehen, stellt Herr Przisambor ergänzend die Frage, ob es möglich wäre, diesen Bereich in eine geschlossene Ortschaft zu ziehen.

Herr Petzoldt stellt die Gegenfrage in die Runde, ob denn erst ein Unfall passieren müsse, damit entsprechende Unfallzahlen die Notwendigkeit einer Abbindung untermauern. Vor diesem Hintergrund bittet er das Gremium, auch seine langjährige Berufserfahrung und Expertise bei der Verhütung von Unfällen zu respektieren. Die scheinbar pragmatische Lösung, einen Außenbereich einfach zum innerstädtischen Gebiet zu erklären, sei nicht möglich, da Ortslagen genau definiert seien.

Herr Stadtrat Stubenrauch, schließt sich den Ausführungen seines Kollegen Blechschmidt zur Einigkeit des Stadtrates an.

Herr Tegtmeyer vom LASuV findet abschließend noch ein paar versöhnliche Worte.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich für das Kommen des LASuV sowie der Bürgerschaft aus Ober- und Unterlosa.

3. Beschlussfassung

3.1. Erweiterung Lebensmitteldiscounter an der Leibnizstraße (Südvorstadt) *Drucksachenummer: 1047/2024*

Herr Löffler, Fachgebietsleiter Stadtplanung und Umwelt, erläutert die Verwaltungsvorlage. Er verweist darauf, dass der Markt mit seiner jetzigen Größe von ca. 600 m² für die Zukunft nicht mehr tragfähig sei. Aus diesem Grund wurde im Planungsprozess nach einer

adäquaten Lösung gesucht, den Markt so zu erweitern, dass er sinnvoll nutzbar ist. Hierfür sei es notwendig, ein Stück weit in die bestehende Wendeschleife der Straßenbahn einzugreifen. Herr Löffler betont, dass der Markt von großer Bedeutung für die Südvorstadt, Ober- und Unterlosa sowie die Ostvorstadt sei.

Herr Hoffmann, Geschäftsführer IIC – Institut für Immobilienconsulting GmbH Uhingen erklärt, dass sich das Unternehmen IIC seit 30 Jahren mit der Realisierung und Revitalisierung von Gewerbeimmobilien mit dem Schwerpunkt Einzelhandel beschäftige. Er stellt einige Projekte des Unternehmens aus der Vergangenheit vor. Herr Hoffmann erläutert die aktuelle Ausgangssituation am Standort Leibnizstraße und zeigt anhand des Lageplanes die aktuellen Probleme auf. So sei beispielsweise die Verkaufsfläche deutlich zu klein, die Parkplatzsituation schlecht organisiert und das Gebäude energetisch veraltet und sanierungsbedürftig. Des Weiteren sei das Gebäude städtebaulich schlecht integriert. Aktuell beträgt hier der Höhenunterschied zwischen Markt und Straßenbahnhaltestelle ungefähr 1,80 Meter und verhindere somit einen barrierefreien Zugang.

Herr Hoffmann betont, dass die wohnortnahe Grundversorgung in der Südvorstadt langfristig abgesichert werden müsse und es hier wichtig sei, die bestehende Metzgerei Valtin zu integrieren sowie eine Bäckerei mit Café im Konzept zu ergänzen. Des Weiteren erklärt er, dass das Konzept vorsehe, den Innenbereich der Wendeschleife der Straßenbahn zu nutzen um PKW-Stellplätze in Form zweier Kreise zu errichten. Diese Variante schaffe eine sichere und übersichtliche Parkplatzsituation. Hierbei werde darauf geachtet, den alten Baumbestand auf dem Grundstück zu erhalten. Herr Hoffmann zeigt eine visuelle Darstellung des Konzeptes.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, fügt hinzu, dass der Penny-Markt erhalten und zukunftsfähig gestaltet werden müsse, da er eine wichtige Funktion in der Südvorstadt erfülle. Um dem Projektleiter Planungssicherheit zu geben, wurde dieser Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Im weiteren Verlauf müsse dann mit dem neuen Stadtrat die Grünanlage zeitnah aus der Grünanlagen- und Gebührensatzung herausgelöst werden.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion (Stadtbau- und Uweltausschuss), fragt, ob der befahrbare Bereich in der Wendeschleife komplett wasserdurchlässig sei. Des Weiteren fragt er, ob der gesamte Bereich dann barrierefrei sein wird.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE. (Stadtbau- und Uweltausschuss), fragt, inwiefern bei der Planung Alternativen außerhalb dieser Straßenbahnwendeschleife betrachtet wurden. Er nennt hier als Beispiele die Errichtung von Parkflächen auf der Fichtestraße oder eine Aufstockung auf den bestehenden Markt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob die Verkehrssicherheit mit der Straßenbahn ausreichend gewährleistet sei, da die PKWs die Gleise zum Befahren des Parkplatzes überqueren müssten.

Herr Hoffmann erklärt, dass es mit dem vorgestellten Konzept gelungen sei, den kompletten Bereich zu 100 % barrierefrei zu gestalten. Das Thema Bepflasterung und Versickerung muss im Detail noch geklärt werden. Klar sei jedoch, dass die befahrbaren Flächen einerseits versickerungsfähig sein müssen, zum anderen müssen aber auch die Einkaufswagen auf dem Pflaster funktionieren.

Alternativen zum Thema Parken wurden an unterschiedlichen Stellen untersucht. Am Ende seien alle Alternativen daran gescheitert, dass in dem Gebiet keine andere zusammenhängende Fläche verfügbar ist.

Das Thema Verkehrssicherheit müsse im Zuge des Genehmigungsverfahrens gesondert betrachtet werden. Hierfür werden die entsprechenden Fachämter hinzugezogen, um festzulegen, wie die Beschilderung an der Stelle auszusehen habe.

Frau Alice Schubert, sachkundige Einwohnerin (Stadtbau- und Umweltausschuss), fragt ob der Markt neu gebaut oder der alte Bestand erweitert werde. Sie bezieht sich auf die Aussage von Herrn Hoffmann, dass sich der Markt aktuell aufgrund seiner Höhe nicht in die bestehenden Wohnhäuser einfüge und fragt, warum das Gebäude nicht aufgestockt wird um hier Parkplätze zu gewinnen. Sie fragt, ob die Entscheidung, die Wendeschleife zu nutzen und damit eine Grünfläche zu bepflanzen, eine Frage des Budgets gewesen sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass dies keine Frage des Budgets sei, sondern eine Frage der Anschauung. Er betont, dass es nicht vorgesehen sei, die komplette Fläche mit Steinen zu belegen. Bei der Planung sei vor allem wichtig, dass das Regenwasser versickern kann und diese Ressourcen vor Ort entsprechend erhalten werden. Er fügt hinzu, dass ein kompletter Neubau errichtet werden soll.

Stadtrat Przisambor fragt, ob die Planung vorsieht, dass ein barrierefreier Einstieg in die Straßenbahn möglich sein wird. Positiv erwähnen möchte er, dass vorgesehen sei, das Dach des Marktes wieder zu begrünen.

Herr Hoffmann, bestätigt, dass die Begrünung des Daches vorgesehen ist, verweist jedoch darauf, dass auch eine Photovoltaikanlage in diesem Bereich gewisse Vorteile bringen könnte. An dem Verlauf der Gleise sowie der Höhensituation der Haltestelle wird nichts geändert. Somit wird der Ein- und Ausstieg genauso barrierefrei oder nicht barrierefrei wie bisher.

Bürgermeisterin Wolf informiert darüber, dass Herr Hoffmann das Projekt weiterhin begleiten werde. Das Projekt wird dann zu gegebener Zeit erneut vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbau- und Umweltausschuss sowie der Wirtschaftsförderungsausschuss der Stadt Plauen nehmen die Planung zur Erweiterung des Lebensmitteldiscounters an der Leibnizstraße zur Kenntnis und beauftragen die Stadtverwaltung damit, die Fläche mit der Flurstücknummer 2256/12 (Gemarkung Plauen) zeitnah aus der Grünanlagen- und Gebührensatzung herauszulösen.

Die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu:

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Vorberatung

4.1. Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts 2024 *Drucksachenummer: 1041/2024*

Dr. Meier, Projektleiter GMA – Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, erläutert anhand einer Präsentation die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2024. Er erklärt, dass die Analyse als Grundlage für das Konzept ergeben habe, dass das bestehende Einzelhandelskonzept der Stadt Plauen mittlerweile 10 Jahre alt sei. Herr Dr. Meier verweist darauf, dass sich während dieser Zeit sowohl die Innenstädte als auch der Einzelhandel weiterentwickelt haben. Um hier Rechtssicherheit für die nächsten Jahre zu erhalten und entsprechende Grundlagen für die rechtssichere Lenkung und Steuerung der großflächigen Einzelhandelsvorhaben der Stadt zu gewährleisten, sei es notwendig dieses Einzelhandelskonzept fortzuschreiben. So werde eine geordnete städtebauliche Entwicklung ermöglicht. Dies sei die Grundlage dafür, eine verbindliche Bauleitplanung zum Thema Einzelhandelsentwicklung zu schaffen und Planungssicherheit zu gewährleisten.

Herr Dr. Meier informiert darüber, dass im Rahmen der Analyse alle Einzelhandelsgeschäfte aufgesucht, Verkaufsflächen und Sortimente erhoben sowie Produkte und Präsentationsqualitäten geprüft wurden, um eine Aussage darüber treffen zu können, wie die Stadt Plauen aktuell aufgestellt ist. Darüber hinaus wurde ein umfangreiches Bürgerbeteiligungssetting realisiert. Hierfür wurde im vergangenen Jahr eine breit angelegte Haushaltsbefragung durchgeführt. Des Weiteren wurden zwei Öffentlichkeitsveranstaltungen, zwei Expertenworkshops sowie ein Stadtrundgang organisiert. So konnten rund 900 Meinungen aus der Bürgerschaft eingebunden werden und Wünsche, Ideen und Kritik an der Einzelhandelsentwicklung vor Ort aufgenommen werden um daraus ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu formulieren. Darüber hinaus wurden Bewegungsdaten mit Hilfe von GPS ausgewertet, um die Frequenz der Innenstadt nachzuvollziehen.

Auch das Thema Klimaschutz wurde berücksichtigt. Des Weiteren wurde der Fokus auf die Entwicklung des Tourismus, als externe und zusätzliche Einnahmequelle, gelegt.

Herr Dr. Meier erklärt, dass die Stadt Plauen eine deutliche Konzentration des Einzelhandelsangebotes auf die Innenstadt aufweist. Die Nahversorgungszentren und die übrigen Lagen haben sich in ihrer Gesamtheit ebenfalls sehr stabil entwickelt. Der Einzelhandelsstandort Plauen bindet große Teile der Kaufkraft aus dem Umland an sich und weist damit eine stabile Position als versorgendes Oberzentrum auf.

Die Prognose der Kaufkraft, gekoppelt an die demographische Entwicklung, zeige deutlich, dass die Kaufkraft in den nächsten 10 Jahren um 6 % bis 10 % zurückgehen werde. Auch hier wird es immer wichtiger sein, die Weichen so zu stellen, dass die vorhandenen Qualitäten und Stärken stabilisiert werden. Die lokale Kaufkraft müsse weiter gestärkt und auf das Thema Tourismus ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung haben ergeben, dass vor allem die gute ÖPNV-Anbindung, die kurzen Wege der Stadt und die Multifunktionalität der Innenstadt positiv bewertet wurden. Dem gegenüber stehen ein mangelndes Sicherheitsgefühl, eine fehlende Einkaufsatmosphäre und ein zu geringes Angebot. Herr Dr. Meier betont, dass es sich hierbei um individuelle und subjektive Meinungen handelt. Im Großen und Ganzen wurde die Plauener Innenstadt jedoch positiv bewertet. Um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und somit Frequenz in die Innenstadt zu bringen und Konsum zu schaffen, spielen Dinge wie Spielplätze, Möblierung, Begrünung aber auch Sicherheit eine wichtige Rolle. Dem gegenüber verfüge die Stadt bereits über eine starke ÖPNV-Anbindung sowie ein gutes Parkplatzangebot.

Ziel sei es, die oberzentrale Versorgungsfunktion zu erhalten, das Angebot zu sichern, die Innenstadt als Angebotsstandort zu stärken und als attraktive, lebendige Einkaufslage weiterzuentwickeln sowie das Thema Nahversorgung entsprechend zu qualifizieren und zukunftsfähig aufzustellen.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE. (Stadtbau- und Umweltausschuss), begrüßt, dass sich im Hinblick auf die Mobilität einmal mehr gezeigt habe, dass es nicht die Attraktivität der Stadt ausmache, mit dem Auto an jedes Geschäft heranfahren zu können. Er verweist darauf, dass es für einen Großteil der Anwesenden bereits ein langer Tag war und bedauert es, dass die Konzentrationsfähigkeit nicht mehr gegeben sei, die die Präsentation von Herrn Dr. Meier verdient hätte. Er bittet daher, die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes zu einem anderen Zeitpunkt als Tagesordnungspunkt in verkürzter Form zu wiederholen.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, bestätigt, dass es sich bei der heutigen Sitzung um ein Mammutprogramm handelt. Sie erklärt, dass das Problem darin liege, dass nur noch wenige Ausschusssitzungen bis zur Sommerpause stattfinden. Im nächsten Stadtrat wird es noch eine kurze Präsentation zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes geben. Sie schlägt außerdem vor, die Fortschreibung in den Fraktionen noch einmal in Teilen vorzustellen.

Herr Matthias Gräf, sachkundiger Einwohner (Stadtbau- und Umweltausschuss), verweist darauf, dass die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für Menschen, die sich nicht

tagtäglich mit dem Thema befassen, schwierig zu lesen sei. Er würde sich hier eine vereinfachte Zusammenfassung wünschen. Wichtig wäre ihm auch, dass das Alte dem Neuen gegenübergestellt wird. Dies habe Herr Gräf an einigen Stellen bereits getan, einige der genannten Zahlen seien für ihn hier nicht nachvollziehbar. Er nennt als Beispiel die Entwicklungsprognose der Einzelhandelsumsätze. Er befürwortet den Vorschlag von Frau Wolf, den Fraktionen das Konzept fokussiert und im Prozess darzustellen. So hätten die Fraktionen dann die Möglichkeit herauszufinden, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden oder an welcher Stelle Unterstützung benötigt werde.

Bürgermeisterin Wolf fügt hinzu, dass es einige wesentliche Kernaussagen aus der Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes gibt. Sie bittet Herrn Dr. Meier darum, dass diese für die bevorstehende Präsentation im Stadtrat noch einmal herausgearbeitet werden und den Fraktionen eine Übersicht dieser Kernaussagen, die jetzt maßgeblich eine Änderung erfahren, zur Verfügung gestellt wird.

Herr Gräf bittet darum, einen Fokus auf das Thema der Befahrbarkeit des Albertplatzes zu legen und verweist auf dessen Potenzial.

Bürgermeisterin Wolf teilt diese Auffassung nicht und erklärt, dass gerade im Bereich Albertplatz die Schaffung der Stellplätze enorm etwas für die Händler gebracht hat.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das fortgeschriebene Einzelhandelskonzept 2024 in der Fassung des Endberichtes vom 01.03.2024.
2. Der Stadtrat beschließt die Beachtung als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) und beauftragt die Stadtverwaltung, die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2024 mittels der Aufstellung von Bauleitplänen bauplanungsrechtlich umzusetzen.

Die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

4.2. Aktualisierter Antrag der CDU-Fraktion - City-Ticket Plauener Straßenbahn GmbH -, Reg.-Nr. 397/24 (die vorher eingereichten Anträge der CDU-Fraktion 356/24; 380/24; 386/24 sind damit hinfällig) - Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag der Fraktion.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, begrüßt Herrn Treiber, Geschäftsführer der Plauener Straßenbahn GmbH und bittet ihn, die Stellungnahme zum Antrag auszuführen.

Herr Treiber, Geschäftsführer Plauener Straßenbahn GmbH, erläutert die Stellungnahme der Plauener Straßenbahn GmbH.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der Substanz die Plauener Straßenbahn gefährdend und betriebswirtschaftlich hochriskant sei und nach Meinung der CDU-Fraktion am Ziel vorbei und über das Ziel hinausschieße.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion (Stadtbau-und Umweltausschuss),

fragt, wie es sich bezüglich der Tarifhoheit im ÖPNV Vogtland verhält.

Herr Treiber erklärt, dass prinzipiell alles was in der Tarifzone Plauen geschieht, beim Verkehrsverbund beantragt werden müsse. Außerdem müsse die Nachweisführung erbracht werden, dass das Tarifsortiment, dass die PSB GmbH vorschlägt, zu einer Stärkung des Verbundtarifes Vogtland führt. Dies gestalte sich bereits bei dem Antrag der CDU-Fraktion schwierig, bei dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei dies jedoch unmöglich. Herr Treiber verweist darauf, dass es, was den Beförderungstarif anbelangt, für die Plauener Straßenbahn in Plauen seit 1999 keine Tarifhoheit mehr gibt. Diese wurde an den ZVV abgegeben.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE. (Stadtbau- und Umweltausschuss), verweist auf die Aussage von Stadtrat Jörg Schmidt, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. betriebswirtschaftlich hochriskant sei und erklärt, dass dann auch der Antrag der CDU-Fraktion gleichermaßen risikobehaftet sei. Er merkt an, dass immer nur gesagt werde was nicht geht, er würde sich wünschen, dass endlich eine Debatte darüber entsteht, was möglich wäre. Nicht nur im Bereich Tarife, sondern auch in technischer Hinsicht.

Bürgermeisterin Wolf unterbricht Stadtrat Herold, und bittet ihn, nur zum Antrag zu sprechen. Sie verliest den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. **Reg. Nr.: 399-24** zum Änderungsantrag **Reg. Nr.: 397-24** der CDU-Fraktion an den Stadtrat Plauen.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion DIE LINKE. stellt folgenden Änderungsantrag zum Änderungsantrag der **CDU Reg. Nr.: 397-24**

Der Satz: „Für die Fahrtstrecke zwischen den Straßenbahnhaltestellen „Am Albertplatz“ und dem „Löwelplatz“ ist durch die Gesellschaft der Plauener Straßenbahn GmbH ein City-Ticket i. H. v. 1 EURO je Fahrt zeitnah einzuführen“

wird ersetzt durch:

Durch die Plauener Straßenbahn GmbH ist zeitnah ein City-Ticket in Höhe von 0,50 € einzuführen. Das Ticket sollte eine Gültigkeitsdauer von 7 Minuten haben und für kurze Fahrtstrecken genutzt werden können.

Die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsausschusses lehnen den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 4 Nein-Stimmen; 0 Enthaltungen

Bürgermeisterin Wolf ruft den aktualisierten Antrag der CDU Fraktion, **Reg. Nr. 397-24** auf und erklärt, dass die vorher eingereichten Anträge der CDU-Fraktion **356/24; 380/24; 386/24** damit hinfällig sind. Sie bittet den Antragsteller um Einführung zum Antrag und verweist darauf, dass die Stellungnahme durch Herrn Treiber bereits im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. ausgereicht wurden sei.

Stadtrat Schmidt erläutert den Antrag der Fraktion. Er fügt hinzu, dass hier die Mittel des ZIZ-Verfügungsfond geeignet wären, um zumindest einen Teil der entstehenden Kosten zu kompensieren und das Defizit um die Hälfte zu reduzieren.

Stadtrat Przisambor erklärt, dass die Intension klar sei, spricht sich aber trotzdem dagegen aus, da er in den Ausführungen nicht erkennen könne, dass es wirklich eine große Chance gibt, die zu Mehreinnahmen führen würde. Insofern sei das Zeichen zum Verband, im Hinblick auf die Finanzierung der Straßenbahn, ein ungünstiger Zeitpunkt.

Stadtrat Herold verweist darauf, dass ihm die in der Stellungnahme der PSB GmbH ausgewiesenen 800.000,00 Euro Verlust sehr fragwürdig erscheinen und äußerte seine Zweifel an dieser Aussage.

Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass sie die Zahlen von Herrn Treiber nicht in Frage stellen könne. Die Zahlen sprechen hier Bände und weisen deutliche Unterschiede zwischen den Anträgen der beiden Fraktionen auf.

Herr Körner, Beauftragter für Wirtschaftsförderung, erklärt, dass der Antrag der Straßenbahn eingegangen sei und im Verfügungsfondsgremium, vorbehaltlich den Entscheidungen der Stadträte, bereits positiv beschieden wurde. Da der Hans-Löwel-Platz aktuell nicht in der Gebietskulisse liegt, müsse die Gebietskulisse erweitert werden. Herr Körner geht davon aus, dass die Entscheidung in den kommenden Tagen getroffen werde und die Haltestelle Hans-Löwel-Platz mit in die Gebietskulisse eingebunden werde.

Bürgermeisterin Wolf stellt den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr.: 397-24** zur Abstimmung und verliest diesen.

Beschlussvorschlag:

Für die Fahrtstrecke zwischen den Straßenbahnhaltestellen „Am Albertplatz“ und „Hans-Löwel-Platz“ ist durch die Gesellschaft Plauener Straßenbahn GmbH ein City-Ticket i. H. v. 1 EURO je Fahrt zeitnah einzuführen. Dafür sind Gelder aus dem ZIZ-Verfügungsfond (Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren) der Plauener Straßenbahn GmbH zur Verfügung zu stellen. (Eine Beantragung durch den Betreiber liegt bereits vor, Stellungnahme der Stadt vom 25.03.2024 zum Antrag 386-24).

Dieses Ticket ist als Pilotprojekt einzuführen. Vor Ablauf der Abgrenzung für die ZIZ-Verfügungsmittel ist dem Stadtrat eine Auswertung zur Beratung vorzulegen und die Fortführung der Mittelbereitstellung zu beantragen.

Eine Bewerbung für dieses Ticket ist durch die PSB GmbH, die Wirtschaftsförderung bzw. dem Dachverband Stadtmarketing zu aktivieren.

Die bisherigen Anträge Reg. Nr.: 356-23 Antrag vom 13.09.2023, Reg.-Nr.: 380-24 Antrag vom 05.02.2024 und Reg.Nr.: 386-24 Antrag vom 06.03.2024 werden durch diesen Antrag ersetzt.

Die Mitglieder des Wirtschaftsförderungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimme; 0 Nein-Stimmen; 1 Enthaltungen

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob für die auf der Straßberger Straße wegen Pilzbefall gefällten Bäume eine Nachpflanzung angedacht ist.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Stephan Uhlig
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Monika Schott
Schriftführerin

Thomas Hoyer
Stadtrat